

Ein europäisches Problem: Unsichtbare Diskriminierung von Pol*innen in Deutschland



Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

**Ein europäisches Problem:
Unsichtbare Diskriminierung von Pol*innen in Deutschland**

Dr. Erik Malchow, Dr. Kamila Schöll-Mazurek
Berlin-Sopot 2020
Layout: mewa design

Verlag: Comparative Research Network e.V., Berlin
Kontakt: Belziger Str. 60, 10823 Berlin
central@comparative-research.net
www.cronline.de

Erste Auflage

Der Polnischer Sozialrat e.V. kann nicht für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen verantwortlich gemacht werden. Die Unterstützung des Polnischen Sozialrat e.V. für die Erstellung dieser Veröffentlichung stellt keine Billigung des Inhalts dar, die nur die Ansichten der Autorinnen widerspiegelt. Die in dieser Veröffentlichung gezeigten Bilder sind Eigentum ihrer jeweiligen Fotograf*innen oder Ersteller*innen.

Abbildungen dürfen nicht ohne Erlaubnis verwendet werden. Wenden Sie sich an den Verlag, wenn Sie eine Reproduktion einer Abbildung erhalten möchten oder wenn Sie die Erlaubnis erhalten möchten, eine Abbildung in einer anderen Publikation erneut anzuzeigen. Für Informationen zu den Autor*innen wenden Sie sich bitte an den Verlag über die oben angegebene Adresse.

Diese Broschüre ist ein Teil des Projektes „Multiplikatorenschulungen“ und wird aus Mitteln des Bundesamtes Migranten und Flüchtlinge finanziell unterstützt. Die Inhalte entsprechen nicht der offiziellen Meinung der Bundesregierung.

Grußwort der Vorsitzenden des Polnischen Sozialrates Dr. Marta Neüff

Aufgrund des demografischen Wandels bleibt Deutschland auf Arbeitsmigration angewiesen und profitiert enorm von den mitgebrachten Potentialen polnischer Migrant*innen, die zu den größten Gruppen unter der Neuzuwander*innen gehören.

Dabei bleibt die Überzeugung, dass Pol*innen nicht von Diskriminierung betroffen sind, da wir zum überwiegenden Teil weiß sind und als EU-Bürger*innen von bestimmten Rechten profitieren, weit verbreitet. Dieses Bild entspricht jedoch nicht der gelebten Realität vieler Menschen.

Die Corona-Pandemie hat sehr deutlich gezeigt, dass insbesondere Neuzuwander*innen und Beschäftigte im Niedriglohnsektor innerhalb bestehender Strukturen nicht im gleichen Maße geschützt werden. Fleischfabriken und Unterkünfte von Erntehelfer*innen wurden zu Infektionsherden, die Situation von Pendler*innen wurde politische lange ignoriert und die Ausbeutung von Pflegekräften verschärfte sich weiter. Wem wir welche Arbeitsbedingungen und Gesundheitsrisiken zumuten, ist nicht frei von rassistischen Zuschreibungen.

Besonders am Anfang brauchen polnische Neuzuwander*innen genauso Starthilfe wie Migrant*innen aus anderen Regionen, zum Beispiel beim Spracherwerb, bei der Anerkennung von Qualifikationen oder allgemein beim Navigieren in der deutschen Bürokratielandschaft. Die EU-Mitgliedschaft schützt nicht automatisch vor Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder im Bildungssystem.

Gemeinsam mit den Vertretungen anderer migrantischer Gruppen fordert der Polnische Sozialrat deshalb mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Migrant*innen. Dazu gibt es bereits viele konkrete Vorschläge im Rahmen der Anti-Rassismus-Agenda 2025 der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen, wie ein eigenes Ministerium für Migration und Partizipation oder eine verbindliche Quote für Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst.

Es liegt in der Verantwortung des deutschen Staates, die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Auch zugewanderten Menschen müssen die gleichen gesellschaftlichen Teilhabechancen gewährt werden, das

gehört in einer Demokratie dazu. Es kann nicht genug betont werden: es kommen Menschen zu uns, nicht Arbeitskräfte.

Dr. Marta Neüff

Vorsitzende des Polnischen Sozialrates e.V.



Zahlen & Eckdaten zur Migration von Pol*innen

von Dr. Erik Malchow

Die Migration zwischen Polen und Deutschland hat seit dem Mittelalter eine lange Tradition. Die Zahl der Menschen mit polnischer Herkunft in Deutschland beträgt heutzutage schätzungsweise über zwei Millionen, wobei diese Personen in unterschiedlichen Phasen unter jeweils anderen politischen und rechtlichen Voraussetzungen nach Deutschland gekommen sind.¹

Im Jahr 2019 sind etwa 594.000 EU-Bürger*innen nach Deutschland zugewandert. Das entspricht etwa 40 Prozent aller Zuzüge nach Deutschland (vorläufige Ergebnisse). Im Vergleich zu 2018 sank die Zahl der neuzugewanderten EU-Bürger*innen um etwa 6,5 Prozent. Die meisten EU-Einwanderer kamen aus Rumänien (188.091), Polen (101.467) und Bulgarien (68.815). Im gleichen Zeitraum sind aber auch knapp 433.000 EU-Bürger*innen ausgewandert – darunter etwa 124.000 Rumän*innen, 86.000 Pol*innen und 43.000 Bulgar*innen.²

Einwander*innen aus EU-Staaten und deren Kinder stellen einen großen Teil der Menschen mit Migrationshintergrund hierzulande: Von den mehr als 21 Millionen

¹Otto, Marius. (Spät-)Aussiedler aus Polen Bundeszentrale Politische Bildung

²Berichtsreihen zu Migration und Integration – Reihe 2. Jahresbericht 2019. BAMF

Menschen mit Migrationshintergrund, die Ende 2019 in Deutschland lebten, hatten rund 7,5 Millionen Bezüge zu einem Mitgliedstaat der Europäischen Union. Von den Menschen mit EU-Migrationshintergrund haben die meisten Bezüge zu Polen: Rund 2,2 Millionen Menschen in Deutschland haben einen polnischen Migrationshintergrund. Nach Menschen mit familiären Bezügen zur Türkei (rund 2,8 Millionen) bilden sie die zweitgrößte Gruppe unter den Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.³

Laut dem deutsch-polnischen Barometer 2020 können sich viele deutsche Bürger*innen die Beziehungen zu Polen in verschiedenen Kontexten relativ gut vorstellen. Auf die geringste Akzeptanz stößt die Vorstellung von einem polnischen Schwiegersohn/einer polnischen Schwiegertochter (72%), am meisten akzeptiert ist der polnische Arbeitskollege (92%).⁴

Was die Saisonarbeitskräfte betrifft, so sind seit dem Jahr 2010 keine statistischen Werte verfügbar, da ab dem Jahr die Erlaubnispflicht bzw. die zwingende Arbeitserlaubnis für EU-Bürger*innen wegfiel. Im Jahr 2010 waren es zuletzt ca. 180.000 Pol*innen, die als Saisonarbeitskräfte arbeiteten, meist auf Spargelfeldern und Apfelplantagen. Durch die Einführung des Mindestlohns ist davon auszugehen, dass viele Jobs unrentabel wurden, es also heute weitaus weniger polnischen Saisonarbeitskräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt gibt. Durch die Novellierung des Gesetzes für Werkverträge und Leiharbeit (zu einem großen Teil sind hier Arbeitskräfte aus Polen und Rumänien in der Fleischindustrie und als Erntehelfer*innen gemeint) wird das Problem bisher nur stiefmütterlich angegangen.

Was die Polenfeindlichkeit in Deutschland angeht, sind statistische Daten ebenfalls schwierig zu finden. Aus einer aktuellen Statista-Befragung geht hervor, dass sich im Jahr 2020 in Deutschland der Anteil der Ausländerfeindlichkeit auf 16,5% verringert hat (2018: 23,4%; 2016: 19,7%), wobei die Werte im Osten Deutschlands etwa doppelt so hoch sind wie im Westen.⁵

³ Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2019 – destatis 2020

⁴ Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada. Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020. DPI

⁵ Entwicklung der Ausländerfeindlichkeit* in Deutschland in den Jahren 2002 bis 2020. statista

Die in Deutschland lebenden Ausländer kommen fast zur Hälfte aus EU-Mitgliedstaaten: Ende Juni 2020 lebten 4.919.078 EU-Staatsangehörige in Deutschland. Das sind 43,5 % aller in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen. Der Frauenanteil lag dabei bei 45,4 %. Polnische Staatsangehörige stellten mit 863.327 (17,6 %) Personen die drittgrößte Gruppe nach Menschen aus Rumänien und Italien dar. Unter den im ersten Halbjahr 2020 zugewanderten EU-Bürgerinnen und -bürgern sind, ähnlich wie in den Vorjahren, rund 90 % der Personen im erwerbsfähigen Alter von 16 bis 64 Jahren. Der größte Anteil entfällt dabei auf die Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen (28,4 %). Aus der charakteristischen Altersverteilung lässt eine hohe Erwerbsbeteiligung der EU-Zugewanderten vermuten.⁶

Stereotype Grabenkämpfe zwischen Deutschen und Polen und ihre Auswirkungen

von Dr. Erik Malchow

Menschen mit einer polnischen Familiengeschichte sind in Deutschland täglich mit Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert. Im Berufsalltag ist es oft die vermeintlich fehlende Arbeitsmoral, ein Diebstahlsverdacht und auch die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit gegenüber ihren deutschen Kolleg*innen, die Pol*innen in Deutschland belastet. Obschon sogenannte Polenwitze, wie noch in den 90ern, nicht mehr zur Alltagskommunikation gehören, sind sie weiterhin im kollektiven deutschen Gedächtnis verankert. Der Antislawismus ist dabei kein neues Phänomen. Schon zu Zeiten Wilhelm II. (um 1900) richtet sich diese Form von Rassismus gegen alle Slawen, insbesondere Polen. Spätestens in der Zeit des Nationalsozialismus wurden diese Ressentiments erneut aufgegriffen und belasten die Kommunikation zwischen Deutschen und Polen bis in die Gegenwart.

Historiker weisen darauf hin, dass während des Zweiten Weltkrieges nicht nur der Rassismus gegenüber Juden, sondern auch gegenüber Polen die Grundlage der Politik bildete. In dieser Zeit gab es eine Phase des strukturellen Antipolonismus, die zu dem Wunsch führte, den polnischen Staat auszulöschen.⁷ Ob wir es wollen oder

⁶ Freizügigkeitsmonitoring: Bericht für das erste Halbjahr 2020. BAMF, S. 3, 7, 14

⁷ Uwe Mai, Kriegsgefangene in Brandenburg. Stalag iii in Lückental 1939-1945, metropol 1999, s. 137-142.

nicht, dieser Teil der deutschen Geschichte wirft einen Schatten auf die Bereitschaft und den Mut, sich in der deutschen Gesellschaft zu engagieren.

Am Beispiel des in Deutschland am stärksten verbreiteten Vorurteils, dass Polen stehlen würden, lässt sich die Entwicklung von Vorurteilen gut beschreiben. Der Legende nach steht es in Zusammenhang mit Ladislaus Postumus (1440–1457): Er konnte sich anfangs nicht als König in Ungarn durchsetzen, und der (polnische) Jagiellone Wladyslaw wurde zum König gewählt. Daraufhin soll er die Hofdame Helene Kottannerin beauftragt haben, die ungarische Stephanskrone zu stehlen, wobei es sich hier eher um ein Gerücht handelt, das der (deutsche) Friedrich III. in die Welt setzte, weil er ebenfalls einen Anspruch an den Thron stellte. Mit großer Wahrscheinlichkeit wurde die Krone von Friedrich III. in den Schatzgewölben der Burg in der Wiener Neustadt verwahrt.⁸

Der Blick nach Osten ist in Deutschland weiterhin leicht getrübt, auch wenn sich seit dem 15. Jahrhundert und insbesondere in den letzten 20 Jahren viel getan hat. Laut des Deutsch-Polnischen Barometers zeigen erstmals seit dessen Erstaussage im Jahr 2000 mehr Deutsche Sympathie für die Polen (55%) als umgekehrt Polen Sympathie für die Deutschen (42%). Der pejorative Blick nach Osten hat einerseits geschichtliche, aber auch wirtschaftliche Gründe. Das polnische Durchschnittseinkommen war 2020 fast vierfach kleiner als das deutsche, wobei die Lebenshaltungskosten etwas mehr als die Hälfte (57,3%) der deutschen ausmachen.⁹ Die Wohlstandsgrenze entlang der Oder-Neiße-Linie lässt sich mitunter auch an der Arbeitsmigration erkennen. Seit 2017 stagniert die Zahl der aus Polen stammenden Arbeitnehmenden in Deutschland bei ca. 860.000 Personen¹⁰. Das Phänomen der Wohlstandsgrenze ist auch in Polen mit Arbeitskräften aus der Ukraine (ca. eine Million) zu betrachten.

Dabei ist Antislawismus in Europa ein eher neues Phänomen und es besteht die Tendenz, einem anderen Volk dieselben Vorwürfe zu machen, die man selbst erfahren hat. Noch im 17. Jahrhundert war das Bild der Deutschen in den Augen eines Italiener der Renaissance durchaus pejorativ. Deutsche wurden sowohl von

⁸ Gertrud Gerhartl (1978): Wiener Neustadt. Geschichte, Kunst, Kultur, Wirtschaft. Braumüller Verlag, Wien.

⁹ Vergleich Deutschland - Polen. länderdaten.info [20.12.2021]

¹⁰ Anzahl der Ausländer aus Polen in Deutschland von 2009 bis 2019. statista [20.12.2021]

östlichen als auch von westlichen Nachbarn als „Barbaren“ bezeichnet und so findet man das Stereotyp des barbarischen Deutschen wenige Jahrhunderte später als Übertragung von den Deutschen auf Russen und Polen.

Sehr fest im kollektiven polnischen Gedächtnis sind weiterhin die Gräueltaten der Deutschen im zweiten Weltkrieg mit den Folgen des Holocausts und der Vernichtung vieler polnischer Städte sowie der polnischen Grenzverschiebungen, die zur Umsiedlung vieler Polen aus dem heutigen Litauen und Belarus in die ehemals deutschen Gebiete wie Stettin, Posen, Breslau und Lods führten. Auch in den Nachkriegsjahren war es für die Polen nicht einfach, unter der Sowjetbesatzung zu leben und viele suchten in Deutschland ein neues Zuhause.

Auch heute kommt es zu starken Wanderungen zwischen Deutschland und Polen, wobei der Großteil von Polen ausgeht. Fast jeder fünfte Pole hat eine zeitweilige Emigration hinter sich.¹¹ Während jährlich etwa 80.000 Polen nach Deutschland zogen, kehren seit 2019 ähnlich viele in ihr Heimatland zurück. Laut dem deutsch-polnischen Barometer steigt die Sympathie zwischen den beiden Bevölkerungen und die deutsch-polnische Versöhnung ist häufig ein Thema, wie der jüngste Beschluss zur Errichtung eines Denkmals zum Gedenken an die Opfer der deutschen Besatzung in Polen zeigt. Polnischen Politiker*innen sprechen immer wieder vom zweiten Weltkrieg, teils von ausbleibenden Reparationszahlungen. Die Situation polnischen Menschen, die heute nach Deutschland fahren, in Deutschland leben und arbeiten, wird bisher selten thematisiert. Die aktuellen Migrationsströmungen aus Polen sind also dynamisch. Zwischen beiden Ländern bewegen sich tausende Personen und genießen die Freizügigkeit in der Europäischen Union. Ihnen wird häufig politisch unterstellt, dass sie keine Absicht hätten, sich in Deutschland niederzulassen, obwohl die Praxis zeigt, dass die Pol*innen oft schon nach der ersten Migrationserfahrung jahrelang in Deutschland leben und arbeiten.

Zudem ist das deutsche Bild der Polen sehr eingeschränkt, was sich deutlich in der öffentlichen Diskussion zeigt. Deutsche wissen mehr über ihre südlichen und westlichen Nachbarn und haben diese auch häufiger bereist. Nur 31% der Deutschen waren nach 1990 in Polen. Die mangelnde Kenntnis macht sich auch in der Sprache bemerkbar. Auch wenn Polnisch als ordentlicher

¹¹ KOMUNIKAT Z BADAŃ. ISSN 2353-5822 Nr 146/2018. Wyjazdy do pracy za granicę. CBOS

Fremdsprachunterricht in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern angeboten wird, so beherrschen nur 2% der deutschen Bevölkerung die polnische Sprache so gut, dass Sie sich in ihr unterhalten können. In Polen sind es etwas zehnmal mehr Bürger*innen mit ausreichenden Deutschkenntnissen.

Ein europäisches Problem: Unsichtbare Diskriminierung von Pol*innen in Deutschland

Von Dr. Erik Malchow und Dr. Kamila Schöll-Mazurek

In der Diskussion mit deutschen Politiker*innen kommt oft die Frage, warum polnische und überhaupt ausländische EU-Bürger*innen mehr Integrationsprogramme brauchen, da sie sich ohne Bleibemotivation in Deutschland aufhalten würden. Die weiter oben genannte Zahl von über zwei Millionen Polen, die in Deutschland bleiben, widerlegt diese These. Die fehlende Partizipation von Pol*innen in Deutschland wird zudem häufig durch einen Vergleich mit angeblich weniger integrierten EU-Bürger*innen aus Bulgarien und Rumänien relativiert. In diesem Zusammenhang wird Menschen mit polnischer Familiengeschichte in Deutschland schnell ein privilegierter Status zuerkannt. Diese zwei Argumentationsstränge führen mitunter zu einem Konflikt, der sich subliminal in der Gesellschaft etabliert hat und bisher wenig Reflektion in der Politik findet.

Dabei sind Migrant*innen häufiger am Wochenende und mit Überstunden beschäftigt und damit gegenüber ihren deutschen Kolleg*innen benachteiligt. Die eigene ungünstige Lebenssituation und der Mangel an Reflexion dieser, erklärt mitunter die mangelnde Partizipation in der Mehrheitsgesellschaft. So ist es verständlich, dass Polen in Deutschland weiterhin ein eher bescheidenes Dasein führen und viele versuchen, als „Unsichtbare“, anders als Menschen mit russischer oder türkischer Familiengeschichte, möglichst nicht aufzufallen. Diese sogenannte Unsichtbarkeit ist durchaus positiv als Zeichen einer guten Integration zu sehen, auch wenn sie für die polnischen Migrant*innen oft eine Benachteiligung erwirkt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts waren polnischsprachige Zuwanderinnen und Zuwanderer oft bemüht, sich möglichst effizient in die deutsche Gesellschaft einzugliedern und wurden somit zu einer "unsichtbaren Minderheit". Dies macht sich zum Beispiel auch im Berliner Straßenbild, aber auch im Ruhrgebiet bemerkbar, wo sich, anders als in Chicago oder Dublin, bisher nur wenige polnische Cafés und Läden etabliert haben. Auch in

der deutschen Politik sind Menschen mit polnischen Wurzeln weiterhin unterrepräsentiert.

Die zugewanderten Menschen nutzen ihr Freizügigkeitsrecht, sind jedoch gegenüber sogenannten Bio-Deutschen benachteiligt, was deren Partizipation an der Gesellschaft angeht. In diesem Zusammenhang fällt vielfach das Stichwort, dass Europa ein Selbstbedienungsladen für seine wohlhabenden Mitglieder sei und innereuropäische Migrationspolitik eine Rosinenpickerei wäre.¹²

Laut einer Diakonie-Studie ist das Hauptmotiv für die Migration nach Deutschland für EU-Bürger*innen die Familienzusammenführung oder -gründung. Erst an zweiter Stelle folgt die Arbeitsaufnahme. Dies gilt auch für Zuwanderer*innen aus Bulgarien, Rumänien und Polen, wobei länderspezifische Unterschiede zu beobachten sind. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt kamen polnische und rumänische Migrant*innen öfter aus familiären Gründen nach Deutschland, während Arbeitsaufnahme und Berufstätigkeit eine geringere Rolle spielten.

Dass familiäre Gründe bei der Migration von Pol*innen überwiegen, wirft ein neues Licht auf die Problematik der Migranten aus Osteuropa. Es bedeutet, dass polnische Familien von der Freizügigkeit und dem freien Dienstleistungsverkehr profitieren und in Deutschland, nach entsprechender Probezeit, zusammengeführt werden. Aufgrund der Wahrnehmung, dass Pol*innen als EU-Bürger privilegiert sind, gibt es nur wenige bis keine konkreten Integrationsprogramme, um die Familien der mobilen Arbeitnehmer in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren. Für das BAMF ist dies nach der Einführung des Fachkräftezuwanderungsgesetz vom März 2020 ebenso eine Herausforderung wie für die Familien, die aus Drittstaaten kommen.

Das Ausmaß des Phänomens, Frauen und Jugendliche aus den mittel- und südeuropäischen Ländern sich selbst zu überlassen, ist vor allem unter Psychologen bekannt, bei denen solche Menschen als Klienten landen. Sie finden keine Unterstützung durch den deutschen Staat. Die psychologische Betreuung ist nur bedingt in der Herkunftssprache verfügbar, der Zugang zu Psychologen ist unabhängig von der Nationalität schwierig - auch für Menschen deutscher Herkunft.

¹² Positionspapier (September 2020)
EU-Bürger*innen in prekären Lebenslagen – Befunde und
Handlungsnotwendigkeiten. Diakonie Hamburg, S. 1

Dies hat zur Folge, dass Frauen und Jugendliche ausgeschlossen und nicht in die Aufnahmegesellschaft integriert werden.¹³

Die Unsichtbarkeit der Diskriminierung der Polen in Deutschland ist also ein europäisches Problem - der EU ist es zu verdanken, dass sie nach Deutschland kommen können. Aufgrund fehlender Lobbys, ihres vermeintlich privilegierten Status als EU-Bürger und der strukturellen Diskriminierung (fehlende Integrationsprogramme, wenig Informationen in ihrer Herkunftssprache, Einschränkungen beim Bezug von Sozialleistungen, unterqualifizierte Arbeit etc.) wird ihre Situation nicht politisch diskutiert, sie ist im öffentlichen Diskurs kaum sichtbar.

Wie aus Vorurteilen Diskriminierungen werden

von Dr. Kamila Schöll-Mazurek

Diskriminierung bedeutet gruppenspezifische Benachteiligung oder Herabwürdigung von Gruppen oder Individuen – stellvertretend für diese Gruppen¹⁴. Diskriminierung passiert, wenn "eine Person in einer vergleichbaren Situation, ohne sachlich rechtfertigenden Grund, aufgrund eines der im AGG genannten Merkmale eine weniger günstige Behandlung als eine andere Person erhält".¹⁵

Der in den Grenzregionen plakatierte rechtsextreme Slogan "Polnische Invasion stoppen" als Reaktion auf den EU-Beitritt Polens 2004, die Debatte über Armutsmigration und die verbreitete Überzeugung in Deutschland, das deutsche Sozialsystem werde durch Migrant*innen aus Osteuropa ausgenutzt, haben die deutschen Sozialbehörden immer wachsamer bei der Beantragung von Sozialhilfe werden lassen. Innerhalb der Jobcenter gibt es eine spezielle Einheit zur Bekämpfung von Sozialbetrug von Migranten. Heute lehnen Jobcenter und die Familienkassen Anträge auf Sozialhilfe oft ungerechtfertigt ab, verlangen viele Unterlagen, erschweren den Zugang zu Sozialleistungen und Förderinstrumenten

¹³ TAZ: Experte über Corona und Pflegekräfte

„Keine Impfung für Betreuerinnen“; sowie research gate: Social Dumping By Subcontracting - How German Employers In Construction And Meat Processing Evade Eu Labour Provisions - Labcit Country Report Germany

¹⁴ Kenan Kolat, Schulungsmaterial, Multiplikatorenschulungen 2020. Schriftart einheitlich

¹⁵ <https://www.berlin.de/sen/lads/recht/agg/haeufige-fragen/>

wie Sprachkursen und setzen damit viele Menschen dem Risiko der Ausgrenzung aus. Die Praxis zeigt, dass viele polnische Obdachlose auf der Straße gelandet sind, weil sie keine Unterstützung durch die Ämter erhalten haben¹⁶.

Auch im Bereich der Partizipation ist eine Benachteiligung festzustellen. Woran liegt es, dass es in Berlin und anderen Städten zwar viele Menschen polnischer Abstammung gibt, sie aber im Verhältnis keine entsprechende Zahl wichtiger Positionen auf dem Arbeitsmarkt, in der Politik und in der Gesellschaft einnehmen?

Es überwiegen Reinigungskräfte, Hausmeister, Bauarbeiter. Warum ist die Repräsentation dieser Menschen im öffentlichen Leben und die politische Beteiligung so gering? Wenn sie gleich behandelt werden wie EU-Bürger*innen, sollte dann nicht mehr von ihnen führen und repräsentieren?

In der öffentlichen Meinung herrscht glauben viele, dass die EU-Bürger*innen privilegiert sind. Polen haben allerdings schlechtere Chancen als Deutsche, einen Job zu bekommen, der ihren Qualifikationen entspricht, was durch den schwierigen Prozess der Anerkennung von in Polen erworbenen Qualifikationen weiter erschwert wird. Polen werden oft schlechter bezahlt als Einheimische und haben weniger Möglichkeiten der Unterstützung. Sie sind oft Opfer von Ausbeutung am Arbeitsplatz (in Deutschland vor allem in der Altenpflege)¹⁷. Die jüngsten Debatten in der Grenzregion über die Verbreitung des Covid-19-Virus durch polnische Grenzgänger haben einen Beigeschmack von Rassismus. Das schwächt das gegenseitige Vertrauen in die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

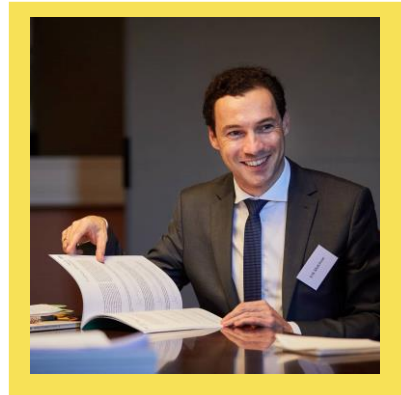
¹⁶ Positionspapier (September 2020)
EU-Bürger*innen in prekären Lebenslagen – Befunde und Handlungsnotwendigkeiten. Diakonie Hamburg, S. 6.

¹⁷ Hannah Heyenn, Laura Faiß Artur Schulz, Kamila Schöll-Mazurek, Social Dumping By Subcontracting - How German Employers In Construction And Meat Processing Evade Eu Labour Provisions - Labcit Country Report Germany

Über die Autor*innen

Dr. Erik Malchow →

Kulturwissenschaftler, gestaltet interkulturelle Trainings für Fach- und Führungskräfte. Seit 2006 forscht er intensiv an den deutsch-polnischen Beziehungen in der Wirtschaft und der Verwaltung. Malchow leitet außerdem diverse Seminare an deutschen und polnischen Hochschulen und ist als Berater in der Entwicklungszusammenarbeit tätig.



←Dr. Kamila Schöll-Mazurek

Migrationsforscherin, forscht über Ungleichheiten in Deutschland. Langjähriges Vorstandsmitglied des Polnischen Sozialrates (PSR), derzeit Leiterin der Interkulturellen Anlauf- und Beratungsstelle für Migrant*innen des PSR in Berlin, Sprecherin des Polnischen Bundesnetzwerks Partizipation und Soziales sowie der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen in Deutschland.

Fallbeispiele aus unserer Multiplikator*innen-Schulung

Innerhalb einer Schulung mit Teilnehmenden im gesamten Bundesgebiet haben wir uns zum Thema „Vorurteile abbauen – Konflikte minimieren“ mit Multiplikator*innen ausgetauscht und dabei auch intensiv mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auseinandergesetzt. Bei der Arbeit sind zwei Fallstudien entstanden, die wir hier gern vorstellen.

Fall 1:

Piotr Jankowski, ein 55-jähriger Dachdecker, muss sich von seinem Kollegen immer wieder anhören, er solle doch besser in Rente gehen, wenn er nicht mehr in der Lage sei, schneller zu arbeiten – dann hätte er doch alle Zeit der Welt. Jankowski fühlt sich durch diese Aussagen gekränkt und vertraut sich seinem Vorarbeiter an. Diese verweist aber lediglich auf die grobe Art des Kollegen und meint, dass dieser das Ganze bestimmt humorvoll meint.

Fallstudie 2:

Maria Kowalska ist Pflegekraft in einer Familie im Schwarzwald. Sie kümmert sich um den 92-jährigen Heinz Volkmer. Herr Volkmer muss in der Nacht häufig zur Toilette, wobei ihm Pflegerin Kowalska hilft. Am nächsten Tag bereitet Frau Kowalska für Herrn Volkmer Frühstück vor. Als seine Tochter Krümel auf dem Tisch bemerkt, schüttelt sie den Kopf und sagt: „Saubere ist anders!“ Außerdem vermutet sie, dass Marie Kowalska die Uhr ihres Vaters gestohlen habe, und durchsucht ungefragt ihre Tasche.

Leitfragen für die Bearbeitung

Welche Form der Benachteiligung liegt vor? Welche Merkmale sind betroffen?
Welcher Anwendungsbereich liegt vor? Liegen Ausnahmen vor? Kann auf das AGG zurückgegriffen werden? Welche Indizien/Beweise liegen vor? Wie können weitere Indizien gewonnen werden? Welcher Schaden liegt vor?

Polnischer Sozialrat e.V.

Der Polnische Sozialrat e.V. existiert in Berlin seit 1982 und ist damit die älteste polnische Migrantenorganisation in Deutschland. Der Verein nimmt am deutschen Integrationsgipfel teil und bietet Sozialberatung (mehr als 5.000 Beratungen pro Jahr) sowie ein Mentoring-Projekt zur kulturellen Annäherung für Pol*innen und Geflüchtete an. Der Verein setzt sich für die Gleichberechtigung von Migrant*innen in Deutschland ein. Der gegenwärtige Schwerpunkt der Arbeit des Vereins ist die breitgefächerte Beratung in Sozial- und Rechtsfragen für die hilfsbedürftigen Migrant*innen, um deren Teilhabe in der deutschen Gesellschaft zu erleichtern. Zudem sammelt er/seine Mitarbeiter*innen Informationen über den Zustand der Migrationsproblematik in Deutschland. Der Polnische Sozialrat ist ein verlässlicher Seismograf für die Situation polnischer und anderer Migrant*innen sowie eine Brücke zwischen den Hilfebedürftigen und der Aufnahmegesellschaft, der hiesigen Politik, Wissenschaft und den Medien. Die Durchführung von Kursen, Seminaren, Treffen und kulturellen Veranstaltungen ergänzt das Angebot, welches sich vornehmlich an Personen mit polnischer Familiengeschichte richtet.

Weitere Informationen unter: <https://polskarada.de>